

Halle'sches Tageblatt.



Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Anteiliges Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Metzmann, Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 288.

Anzeigenspreis für die fünfgehaltene Corpusspaltel oder deren Raum 12 Pf.

Reklamen vor dem Tagesflatter die drei-gehaltene Spaltel oder deren Raum 30 Pf.

Nr. 40

Dienstag, den 17. Februar 1891.

92. Jahrgang.

Moderne Staatsromane.

(Aus dem „Deutschen Wochenblatt“.)

Wer die zutreffenden Bemerkungen Robert von Mohls über die Bedeutung der Idealbilder staatlicher und gesellschaftlicher Zustände gelesen hat, der wird nicht vornehm über die Literaturgattung den Stab brechen, sondern willig zugeben müssen, daß auch in dieser Form wissenschaftliche Resultate sich vorführen lassen. Es kann auch nicht Wunder nehmen, daß gerade diejenigen, welche für das große Publikum schreiben wollen, ihre reformatorischen Gedanken in die Form eines Staatsromanes kleiden. Denn sie erfüllt den doppelten Zweck, den Kontrast des Ideals mit den gegebenen Zuständen ins hellste Licht zu legen und gleichzeitig das Ziel festzustellen, dem die Zukunft gerecht zu werden hat. Letzterem sucht zwar unsere Sozialdemokratie nach Möglichkeit auszuweichen, da sie intuitiv fühlt, daß sie nur zum Einreisen, aber nicht zum Ausbauen die Macht hat. Sie wird aber nicht verhindern können, daß andere, konsequenter Geister, die durch ihre Unabgängigkeit von jedem Parteizwang dem „Hinausfliegen“ des Herrn Diebsticht nicht ausgeht sind, sich der von der Sozialdemokratie vernachlässigten Aufgabe unterziehen. Auf zwei derartige Versuche möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken, auf den Roman des Amerikaners Edward Bellamy *) und auf das soziale Zukunftsbild „Freiland“ des Oesterreichers Theodor Herzl. **) Beide haben den sozialistischen Ausgangspunkt gemein, bieten aber doch sehr verschiedene Lösungen ihres Problems dar.

Der Roman Bellamy's (dem wir bereits einen Leitartikel widmeten, vergl. Nr. 38 des Halle'schen Tageblatts) hat einen so großen Beifall gefunden, daß wir wohl seinen Inhalt als bekannt voraussetzen dürfen. Nur in den allgemeineren Zügen soll er angeeignet werden. Ein wohlhabender junger Mann wird im Jahre 1887 durch ein Mediziner'sches Mittel in Schlaf verlegt, im Jahre 2000 von der Familie eines Arztes in seinem unterirdischen Gemache aufgefunden und ins Leben zurückgerufen. Er findet soziale Zustände vor, die im schriftlichen Gegenlage zu denen seiner eigenen Zeit stehen. Die letzteren werden in den schwärzlichen Farben geschildert. Die Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts ist danach ein planlos und sinnloser Krieg aller gegen Alle, der unproduktive Verschwendung des Kapital durch widerwärtige Klämme, entwerfenden Luxus und bodenloses Elend, Unwissenheit und Verbrechen, verwerfende Handelskriege u. s. w. im Gefolge hat. Ein ganz entgegengelegtes Bild bietet das Wirklichkeitsleben an der Wende des 20. Jahrhunderts. Hier ist Alles planmäßig Ordnung, die Fäden des Seins zusammen gefügt. Es herrscht im Wesentlichen eine sozialistische Organisation der Arbeit von Staatswegen. Jeder Bürger wird zur „wirtschaftlichen Armee“ ausgebildet und muß vom 21. bis zum 45. Jahre aktiv sein. Während der ersten drei Jahre muß er sich jeder ihm zugewiesenen Beschäftigung unterwerfen, dann tritt Berufswohl ein. Auch die Frauen haben ihre Dienstpflicht, nenngleich dieselbe fürger bemessen ist. Die Negativierung des Zu- und Abflusses zu den Berufsarten wird bewirkt durch verschiedene Festlegung der Arbeitszeit. Die unangenehmen Beschäftigungen hängen in der Verteilung der Dauer der Arbeit ein Äquivalent. Das Selbstinteresse, der Hauptstachel des Heils, wird ersetzt durch den Ehrgeiz in höhere Stadien der Arbeitsarmee zu gelangen. Der Umfang und die Richtung der Produktion wird bestimmt durch eine Art von Bedarfsstatistik. Der Verkauf der Waaren geht in öffentlichen Magazinen vor sich. Das Geld ist eine Art Arbeitsgeld, eine Kreditkarte, die Jeder vom Staate erhält und die bei Bedarf kassiert wird. Die persönlichen Dienstleistungen spielen nicht dieselbe Rolle, wie in unserer heutigen Volkswirtschaft. Theils beruht dies darauf, daß das häusliche Leben, ohne an Annehmlichkeit zu verlieren, des lässigen Luxus entbehrt, theils darauf, daß durch gezielte Arbeitsteilung der Hauswirtschaft viele Beschäftigungen, wie die des Kochens, Reinigens u. s. w., abgenommen sind. Die niederen Arbeiten, die Achillesferse für jeden Idealstaat, verlieren zum Teil durch Fortschritte der Technik ihre Unannehmlichkeit, zum Teil kann man für sie auf die Jahrgänge 21—24 zurückgreifen, in denen die Wahl der Beschäftigung nicht frei ist. Die Verteilung nationalen Produktes geht in gleichen Theilen vor sich. Niemand empfindet das als ein Unrecht. Durch die staatliche Jugendzucht und namentlich durch die ganze Wirtschaftsorganisation, die alle

Motive des Egoismus oder gar des Verbrechens hinwegräumt, ist der Zustand der Sittlichkeit ein völlig veränderter. An Stelle der Eucht, sich auf Kosten Anderer zu bereichern, ist ein edler Wettstreit im Dienste der Gesamtheit getreten. Die große Umwälzung aller dieser Verhältnisse der Volkswirtschaft ist nach Bellamy nicht auf revolutionärem Wege erfolgt, sondern auf dem der natürlichen Entwicklung. Die immer stärkere Konzentration der Kapitalien, ihre Vereinigung in den Händen weniger Gesellschaften legen von selbst den Gedanken nahe, an Stelle der letzteren den Staat treten zu lassen. Die Propaganda für die Idee hat die „nationalistische“ Partei gemacht, der schließlich voller Sieg zu Theil wurde. In der That hat das Bellamy'sche Buch auch den praktischen Erfolg gehabt, eine nationalistiche Partei in's Leben zu rufen, die sich aber zunächst auf friedliche, vorbereitende Schritte, wie Verbesserung des Schulwesens u. A. beschränkt.

Man könnte versucht sein, den Rückblick vom Jahre 2000 als eine poetische Verklärung von Schäffle's Dünkelwitz des Sozialismus anzusehen, wenn man dem geistreichen Nationalökonom nicht schwer Unrecht thun würde. Denn so gefällig und einnehmend in der Form auch der Bellamy'sche Roman sein mag, so viel Bestechendes und Blendendes er für den im soziologischen Denken ungebildeten Leser besitzt, so muß ihm doch jede ernste wissenschaftliche Bedeutung abgesprochen werden. Bellamy verfügt über die für einen Dichter sehr glückliche, für einen Gelehrten desto bedenklichere Gabe, die Schwierigkeiten seines Problems nicht zu sehen. Bei ihm ist Alles „sehr einfach“, ohne daß er auch nur den Schatten eines Beweises für die von ihm behaupteten Möglichkeiten, die aller Erfahrung widersprechen, beibringt. So müssen wir es auf Treu und Glauben hinnehmen, daß die Rettung der gelammten Produktion von einer Centralstelle aus technisch durchführbar sei. Mit dem Betribe der Landwirtschaft weiß er offenbar gar nichts anzufangen, deshalb geht er mit Stillhöflichkeit über diesen Produktionszweig hinweg. Daß die Richtung der Produktion nach Maßgabe der Bedarfsstatistik erfolgt, steht in tristem Widerspruch mit der Annahme, daß irgend der Konsumt im Laufe der Wirtschaftperiode eine freie Wahl der von ihm zu entnehmenden Verbrauchsgegenstände haben soll. Daß die Bedarfsstatistik als Regulator der Produktion unzureichend ist, liegt auf der Hand. Sie mag im Stande sein, den Verbrauch für die Produktion der Artikel des täglichen Bedarfs abzugeben, aber auf diesem Gebiete liegt auch heute nicht die Hauptschwierigkeit. Dieselbe hängt da an, wo es sich um die Herstellung von Kapitalgütern für den zukünftigen Bedarf, wie Häuser, Maschinen, Eisenbahnen u. s. w. handelt. Bedenkt man, wie schwer es sein muß, die Bevölkerung zu veranlassen, die Summe gegenwärtiger Genusgüter einzuschränken zu Gunsten der Produktion von Kapitalgütern, die erst einer ferneren Zukunft zu Gute kommen, so muß man sagen, daß hier der Teufel durch den Bebel ausgetrieben wird. Die Ueberproduktion mit ihren Störungen verschwindet zwar, desto unheimlicher aber klopf das Gespenst der Unterproduktion an die Thüren, weit fürchterlicher und verheerender als das Uebel, das man mit der Wurzel auszurotten vermeinte. Der Gedanke, den Zusatz zu den einzelnen Berufsarten durch verschiedene Normierung der Arbeitszeit zu regeln, ist geradezu absurd. Man käme dabei schließlich für die niedrigsten und unangenehmsten Beschäftigungen zu einer Arbeitsdauer, die von Null nicht weit entfernt ist, ganz abgesehen davon, daß ihre Verteilung nicht Jedem gleich reizvoll erscheint. Damit fällt aber auch zugleich die Möglichkeit der freien Berufswahl, denn in Ermangelung eines anderen Regulators würde man zur Einweisung durch den Staat gezwungen müssen. Dadurch wird das wertvollste Stück individueller Freiheit geopfert, wie denn überhaupt die letztere trotz aller gegenseitigen Versicherung völlig in die Brüche geht. Daß über die wichtigsten Fragen des betreffenden Gewerkes nicht die aktiven Berufsgenossen, sondern die ausübenden, die fellows, entscheiden sollen, ist ein bezeichnendes Zugeständnis nach der Richtung der Unfreiheit, das Bellamy widerwillig machen muß. Auch die psychologische Seite des Sozialismus kommt bei ihm nicht zu ihrem Recht. Die Frage, ob die olympische Güterruhe, deren sich die Menschen des 21. Jahrhunderts erfreuen, unserer Natur entspricht, wird kaum gestellt. Ein interessantes Licht wird allerdings darauf geworfen durch die Ermahnung des Zustandes der Vegetation. An zwei Stellen wird der Zukunftsbedachter verlan genannt. Was aber über den Inhalt dieser Werke veranlaßt, sind lediglich leere Phrasen. An Stelle der menschlichen Leidenschaften und Kämpfe ist die Verherrlichung der Liebe getreten. Ob diese Thema ausreicht genug ist, um den Stoff für die gesammte Dichtung abzugeben, darüber möge sich Bellamy

mit Tolstoi auseinandersetzen, der bekanntlich in seiner Kreuzer-Sonate die Liebe zwischen Mann und Weib als eine Humbug erklärt. Nichts beweist schlagender als die Verlegenheitsphrasen über Verriren die Inhaftigkeit des Lebens in dem Bellamy'schen Idealstaate. Nimmt man Noth und Sorge, Hoffnung und Furcht, Leidenschaft und Kampf aus dem menschlichen Leben hinweg, so bleibt nichts übrig als ein schaler Quietismus, der auf die Dauer nur dem überlatten orientalischen Despoten und dem abgestumpften Sklaven erträglich erscheint. Auch das ist ein schwerer psychologischer Irrthum, wenn Bellamy meint, daß mit der Entfernung der Sorge um das tägliche Brot auch alle Motive für das Verbrechen hinweggeräumt seien. Mag dies bis zu einem gewissen Grade bei den Vergehen gegen das Eigentum zutreffen, immerhin bleiben auch in der neuen Gesellschaft genug Beweggründe übrig, den Weg des Verbrechens dem der Tugend vorzuziehen. Sinnlichkeit, Paß, Eitelkeit, Egoismus, alles das sind Motive, die nicht durch die herrschende Wirtschaftsordnung erzeugt werden und von ihr gänzlich unabhängig sind. Wenn schließlich Bellamy sich den Uebergang von der alten in die neue Volkswirtschaft als einen friedlichen und naturgemäßen vorstellt, der lediglich die Folge des Sieges des Großbetriebes über den Kleinbetrieb sei, so folgt er darin zwar Marx und Anderen, deren Lösung „Expropriation der Expropriateurs“ ist. Allein diese Wirtschaftsphilosophie übersteigt, daß nicht der Kapitalismus als solcher dem Großbetrieb die Vorranghaftigkeit in der Gegenwart verleiht hat. Kapital, in dem doppelten Sinne von Produktionsmittel und disponiblen Geldkapital, war zu allen Zeiten, in denen eine einigermaßen entwickelte Wirtschaft vorhanden war, notwendig für die Erzeugung und den Umlauf der Güter. Seinen für den Kleinbetrieb so bedrohlichen Charakter hat der Kapitalismus erst durch die kostspielige Maschinenzeit, vor Allem durch die Anwendung des Dampfes als motorischer Kraft, angenommen. Gelangt es, eine andere Technik zu erfinden, die dem Kleingewerbe billige und beliebig skalierbare motorische Kraft zugänglich macht, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß wir wieder in eine Periode der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes eintreten, in der der Arbeiter zugleich wacher mehr wie bisher Unternehmer in ein und derselben Person ist. Die Frage des Kleinbetriebes ist in der Hauptsache die Frage der Kleinmotoren. Vielleicht gelangt es dem Zeitalter der Elektrizität, die Frage zu lösen, die das Zeitalter des Dampfes gelassen hat. Dann werden sich Karl Marx und seine Nachtreter mit ihrer auf Grund Hegel'scher Dialektik ausgefallenen Wirtschaftsphilosophie auch hier als falsche Propheten erweisen.

Halle a. S.

Prof. Dr. H. Friedberg, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 14. Februar.

Am 14. des Bundesraths v. Verlepzig, v. Württemberg u. Die Verathung der Gewerbeordnungs-Novelle wird fortgesetzt mit der gestern abgetragenen Diskussion über den Absatz 2 des § 105, betr. die Sonntagsruhe für Handlungsgehilfen und Lehrlinge u. und die dazu gestellten Vorschläge der Abg. Auer (Soz.), v. Münch (Volksp.), Wöhrner und des Reich (frei), sowie der von der Commission beschlossenen neuen Artikel 1 und 2 betr. das Verbot der Arbeit an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen und des Gewerbebetriebes im Unberzichen.

Abg. Debel (Soz.) erklärt, daß das von seiner Partei beantragte Arbeiterchutzgesetz deshalb nicht so weit gegangen sei, wie der letzte Antrag Auer, weil damals wenig Aussicht war, die Vorschläge durchzuführen. Zweifellos sei es, daß die Interessenten mit den gegenwärtigen Vorschlägen durchaus einverstanden seien. In der Commission hätten auch die Conservativen einen größeren Schutz der launmännlichen Angestellten für notwendig gehalten. Niemanden seien die Arbeitsbedingungen so unangenehm, nirgends werde das Verbot so ausgedehnt als im Bundesgewerbe, namentlich im Colonial- und Materialwaarenverkehr. In den großen Städten bauer die Arbeitszeit für die 16 bis 18 Stunden das ganze Jahr hindurch ohne Ausnahme. Die Wohnungen der jungen Leute seien schlecht, in Wägen hinter Treppen, in ungeheizten Bodenräumen oder Kellern. Sollte die Regierung über diese Verhältnisse eine Enquete anstellen, so würde das Resultat derselben ihr in ihrem Gewissen keine Ruhe gelassen haben, bis diese Verhältnisse gebessert seien. Für diese Kategorie von Arbeitern würde ein Geschäftsclub an den Festtagen um 12 Uhr Mittags geschlossen, er sei aber auch dringender notwendig. In dem Bundesgewerbe sei eben gegenwärtig eine Beschäftigungszettel eingerichtet in einem ungeheuren Maße, lediglich um Personal zu sparen. Durch eine Beschränkung des Sonntagsverbrauchs werde nicht, wie geteilt behauptet worden, das ländliche Land gefährdet, sondern begünstigt, denn wenn die Landleute nicht mehr Sonntags in der Stadt einkaufen kommen, werden sie sich daran gewöhnen, ihre Bedürfnisse aus den kleineren Geschäften an dem Lande zu entnehmen, es werde dadurch somit das ländliche Kleingewerbe gefördert werden. Redner

*) Edward Bellamy, Im Jahre 2000. Ein Rückblick auf das Jahr 1887. Deutsch in verschiedenen Uebersetzungen. **) Theodor Herzl, Freiland. Ein soziales Zukunftsbild. Dresden und Leipzig. G. Brielers Verlag.

Fräher durch Dr. Freund vorgeschlagene Centralisation der Krankenlisten erzwogen, seitdem es durch den oben erwähnten Jahresbericht der Leipziger Ortskrankenkasse bekannt geworden ist, welche großen Vorteile aus dem Zusammenfassen und der hieraus erwachsenden Verbilligung des Betriebes resultieren. In Leipzig sowie in anderen reichlichen Städten ist es gelungen, kleine, wenig leistungsfähige Klassen zur freiwilligen Auflösung zu bringen. In Berlin liegen sich die vorhandenen 70 Klassen nach Ansicht von Remner auf 4 reduzieren, wodurch erhebliche Geldmittel für Krankenpflege und Anstellung von Ärzten verfügbar würden. Eine große Schwierigkeit bildet jedoch die erbliche Abneigung von Betriebsbeamten, ihre Stellung zu verlieren, so daß diese der Neuordnung großen Widerstand entgegenstellen. Bisher fehlt jede gesetzliche Handhabe, um kleine Klassen zur Auflösung zu zwingen.

Preßhefte. Gegen den Artikel des „Deutschen Tageblatts“, die Abgabe der konservativen Partei an die Bismarck'sche Fronde polemisierte, weihen die „Hamb. Nachrichten“ den Vorwurf unlässiger Kritik zurück. Das Blatt vertrete seine eigenen Ansichten; wenn sich dabei die Auffassung Bismarck's gelegentlich befinde, so sei dies keineswegs ein Vorwurf. Bismarck würde übrigens voransichtlich die Vertretung seiner Ueberzeugung aus dem Staatsanwalt gegenüber aufnehmen, da ihm persönliche Notizen und Interessen fernlägen. Die „Hamb. Nachr.“ befreiten dem Verfasser des „Tageblatt“-Artikels ein kompetentes Urtheil über die Maßnahme der jetzigen Reichspolitik. Bismarck stehe nicht unter dem Eindruck einer Verwirrung, sondern tiefer Sorge, er sei bei allem seinem jetzigen Vorgehen nur von der „salus publica“ geleitet und würde sich beunruhigt fühlen, wenn er schwäge, wo gewissenhafter Patriotismus das Neben gebiete, namentlich wenn Vorgänge seinen früher vertretenen Ueberzeugungen entgegen seien. Bismarck erlasse kein Pronunciamento. Die „Nachrichten“ würden fortfahren, ihre (so wohl heißen) seine Ueberzeugung zu vertreten. Sie erstlichen in dem „Ersten Heft“ des „Deutschen Tagebl.“ sein bauerndes Fraktionsprogramm, weil dasselbe die Abkühlung der konservativen Landtagspartei enthalte.

Zur Wohnungsfrage wird uns aus Berlin geschrieben: Da die Wohnverhältnisse an allen Orten überall funktionieren, sieht zu erwarten, daß ihre reichen Mittel auch zum Bau von Arbeiterwohnungen mobil gemacht werden, da ihnen die Verwendung des vierten Theils ihrer Fonds zu Zwecken der Arbeiter-Hygiene statutenmäßig erlaubt ist. Natürlich müßte in Berlin das Einverständnis von Magistrat und Stadtvorordnetenverammlung vorhanden und am besten auch eine Verständigung mit den Provinzialverbänden erfolgt sein. Doch ist in letzteren Kreisen die Stimmung eine derartige, daß die Frage ohne Zweifel noch vor Ablauf dieses Jahres und zwar unter Zugrundelegung des bekannten Altkönigschen Planes für den Bau von Arbeiter-laternen praktisch werden wird.

Gebietsaustausch zwischen Oldenburg und Preußen. Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: In der Sitzung des Oldenburgischen Landtages vom 11. Februar richtete der Abg. Iken, unterstützt von den Abgeordneten Hansen, Willrichs, Willen, Gruben und Burage folgende Interpellation an die großherzogliche Staatsregierung: 1. Haben in letzter Zeit Verhandlungen der großherzoglich oldenburgischen Staatsregierung mit der königlich preussischen Staatsregierung über Abtretung der oldenburgischen Gemeinden Bant, Neuenhe und Huppen an Preußen resp. an das Deutsche Reich stattgefunden? 2. Ist eine solche Gebietsabtretung eventuell in Aussicht zu nehmen? Nachdem der Abg. Iken die Interpellation begründet, erklärte der Vertreter der oldenburgischen Regierung, Obergreggenrath Muebencher, er wolle die Interpellation sofort dahin beantworten, daß die Regierung wegen schwebender Verhandlungen nicht in der Lage sei, auf die im Antrage Iken formulirten Fragen Antwort zu erteilen. Die drei Gemeinden grenzen unmittelbar an Wilhelmshaven und schliesen dasselbe in einem von Südwesten nach Nordwesten gehenden Bogen von der Landseite ab. Die Gesamtbevölkerung beträgt, meist aus der Kaiserlichen Wehr besteht, 16,000 Seelen. Das abzutretende Gebiet, für welches ein Stück preussisches Land im Regierungsbezirk Danabück eingetauscht werden soll, umfaßt 2000 Hektar mit einem Grundbesitzvermögen von über 10,000 Mark. Außerdem soll noch die Abtretung der Insel Wangeroog, welche die Abdemündung beherrscht, ins Auge gefaßt sein. Gerade dies Landobjekt legt die Vermuthung nahe, daß dem ganzen Gebietsaustausch weitestlich militärische Gesichtspunkte zu Grunde liegen. Es mag noch erwähnt werden, daß das Gebiet der drei Gemeinden die Festung Wilhelmshaven von den sie umgebenden Forts trennt.

upm Frauenarbeit im Fabrikbetriebe. Mitte August 1890 waren verheiratete Frauen im Deutschen Reich beschäftigt:

in Spinnereien	18211
„ Ziegeleien	8070
„ Fabriken und sonstigen fabrikmäßig betriebenen gewerblichen Anlagen.	103798
insgesamt	130079.

Die meisten verheirateten Frauen sind beschäftigt im Fabrik- u. f. w. Betrieb in Preußen (54355), dann folgt mit relativ stärksten Ziffer Sachsen (28088), hierauf Bayern (14314), Baden (8675), Elsaß-Lothringen (6143), Württemberg (4920) und die übrigen Staaten (5988).

Nacharbeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre (ledigen oder verheirateten) findet schon jetzt in keinem fabrikmäßigem Betrieb mehr statt in Walddorf, Neuz. Alt. und jüng. Alie, Schaumburg-Lippe, Hamburg und in den

preuß. Reg.-Bezirk Stralsund, Danabück, Aurich, Wiesbaden, Koblenz und Sigmaringen.

Allgemein findet die Nachbeseitigung von Arbeiterinnen noch statt in den Zuckerfabriken, außerdem in den größeren Zeitungsdruckereien, wo Morgensetzungen hergestellt werden, theilweise auch in Zuckerraffinerien, in Papierfabriken und in Spinnereien.

In einzelnen Theilen des Reiches findet Nacharbeit der Frauenpersonen noch statt in Brillenfabriken und in den Glasfabriken in Preußen östlich der Elbe, in den ostfränkischen Metallhammerwerken und fast allgemein noch in der oberelsässischen Berg- und Hüttenindustrie (dort sind noch 11 515 von 26 772 überhaupt beschäftigten Arbeiterinnen abwechselnd bei Tag und Nacht beschäftigt). Im übrigen findet Nacharbeit in verschiedenen Fabrikationen ausnahmsweise, aber stets nur in vereinzelt Betrieben statt. In den Spielwaarenfabriken Thüringens dauert die Arbeit zeitweilig bis 10 oder 11 Uhr Abends.

n p.m. Streik-Ereignisse. Ueber die Verwaltung der Unterstufungsbeiträge, welche im Sommer 1889 zum Ausstand der Schneidereisen nach Hamburg geführt wurden, sind nachträglich Besenken erhoben worden, denen die sozialdemokratische Presse entgegengetreten sich bemächtigt fühlte. Ein Hamburger Korrespondenz-Artikel vom 20. Januar 1891 im Berliner „Vorwärts“ umleitet nun die für sich selbst sprechenden Zahlen mit so viel ein Verweir, daß die Leser wohl den Wald vor Büumen nicht mehr sehen. Hier die in dem Artikel zersplitterten mitgetheilten Zahlen:

Eingegangen sind Unterstufungsgelder: 19,653 M. 20 Pf.

Ueberschalt waren am 14 Juli 1889, an welchem Tage die Streit-Kommission öffentlich Rechnung legte: zur Unterstufung von Streimenden 10 079 M. — Pf. zur Besoldung der Kommission's

Mitglieder	3 639	55
für Druckkosten und Post	394	15
und es waren am selben Tage noch hoar in der Kasse:	4 259	55

das macht zusammen doch nur 18,372 M. 25 Pf., so daß 1280 M. 95 Pf. überhaupt nicht ausgewiesen sind, und wozu die 4259 M. 55 Pf. gekommen sein mögen, ist ebenfalls Geheimniß der „Streit-Kommission.“ Es sollen etwa 4000 M. nachher nach Erfurt geschickt worden sein. Inverulliches darüber war nicht zu erfahren.

Bis auf Weiteres ist also festzuhalten daran, daß nahezu 20,000 M. vereinabmt und nur rund 10,000 M. für die Streitenden vorausgabmt wurden. Die Verwaltung jener 20,000 M. hat den leichten Theil der ganzen Spenden in Gestalt von „Besoldungen“ verschlungen, nicht weniger als rund 3640 M.

Die sozialdemokratische Presse selbst ist nicht im Stande, dies ganz zu entschuldigen, sie läßt sich folgendermaßen darüber vernehmen:

Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß in dieser Stunde die Streitunterstützung für die Kommission's-Mitglieder (hinszeln Mann), die doch auch Streikende waren, mit einhalten ist. Diese Besoldung (einschließlich der Streitunterstützung) haben sich die Kommission'smitglieder auch nicht aus eigener Machtvollkommenheit genommen, sie sind ihnen vielmehr von der Gesamtheit der Schneider in öffentlicher Versammlung bewilligt worden, wohl in Anbetracht der Thatfache, daß die als tüchtige Arbeiter bekannten Kommission'smitglieder jeden Augenblick in den besten Geschäften, welche die Fortwärtigen der Arbeiter berechtigt bewilligt hatten, Arbeit erhalten konnten und somit, da es sich um die beste Gehaltsart handelte, natürlich nur für ihre wirthlichen Verhältnisse entschädigt wurden. Wir wollen hier nicht erörtern, ob es angebracht war, den Kommission'smitgliedern eine Extra-Entscheidung zu zahlen“ u. s. w.

Kurz gefaßt: die 15 Kommission'smitglieder haben auf ihren Antheil je 240 M. sich bemühen lassen, die 100 Streikenden haben sich mit je 100 M. begnügen müssen. So gesehen in der Partei des „gleichen Antheils am Arbeitsertrag.“

Bergarbeiter-Versammlung in Bochum. Die Delegirtenversammlung der Bergarbeiter war von fast sämtlichen Bezirken Rheinlands und Westfalens besetzt; auch das Ruhrrevier, das schlesische, sächsische und saarbrückener Revier waren durch einzelne Abgeordnete vertreten. Nach Verlesung der den Bergwerksverwaltungen vorzulegenden Forderungen, insbesondere solcher auf 25 bis 40procentige Löhnerhöhung, wurde beschlossen, die Forderungen durch je zwei Abgeordnete der 17 auf der heutigen Versammlung vertretenen Bezirke bis nächsten Sonntag genauer formuliren zu lassen und alsdann einer zum 1. März einzuberufenden Versammlung zur endgültigen Genehmigung vorzulegen. Die Verhandlungen werden Nachmittags fortgesetzt werden.

Ausland.

Herr v. Dunajewski und die Länderbant. Unser Wiener Correspondent schreibt uns: Anlässlich des Rücktritts des früheren Finanzministers Dr. von Dunajewski brachten deutsche Blätter wiederholt Mittheilungen über dessen angebliches Verhältniß zu der österreichischen Länderbant und über dessen persönliche Beziehungen zu dem Generaldirektor der Regierungskasse R. v. Jahn und dem General-Sekretär Dr. v. Knapprath, welche zum Theil auf unrichtigen Informationen beruhen, zum Theil aber auch sich als tendenziöse Erfindungen darstellen. Es wurde in diesen Darstellungen sogar auf die Zeit der bekannten Bontour-Gründungen zurückgegriffen und die Behauptung aufgestellt, Herr v. Dunajewski habe an zahlreichen Geschäften der Länderbant als stiller Gesellschafter theilgenommen. Nur die naivste Unkenntnis österreichischer Verhältnisse, sowohl in politischer als in finanzieller Bezeh-

ung, kann eine so ungeheuerliche und durch nichts gerechtfertigte Behauptung wagen. Wichtig ist an alledem nur, daß die Länderbant seiner Zeit durch die Union generale gegründet wurde und daß sie in der ersten Zeit ihres Bestandes sich an staatsfinanziellen Operationen beteiligte. Seit langer Zeit jedoch, d. h. viele Jahre vor dem Rücktritt des Herrn v. Dunajewski, war es wieder die Rothschildgruppe, welche bei Rentnemissionen deren Platzierung besorgte, und so wenig es irgend wenn einfallen kann, aus dem Umstande, daß die Kreditanstalt im Verein mit dem Bankhause Rothschild ein Vierteljahrhundert hindurch sich der besonderen Gunst der österreichischen Finanzverwaltung erfreut, auf etwaige bedenkliche Beziehungen früherer Finanzminister mit diesen Kreditinstituten zu schließen, so wenig wäre eine solche Annahme rücksichtlich der Länderbant und Herrn v. Dunajewski zutreffend. Die Leiter der Länderbant sind eben so wohl wie Herr von Dunajewski über den leichesten Verdacht eines unzulässigen Gebührens oder verwerflicher Nachschüsse erhoben und des genannten Instituts, welches das ganze Bankgeschäft in geradezu musterhaftiger Weise pflegt und auf diesem Gebiete ausgezeichnete Erfolge erzielt hat, ist auf verachtliche Beziehungen auch durchaus nicht anzuweisen. Es ist notwendig, im Interesse der Länderbant wie im Interesse des Ansehens der österreichischen Finanzverwaltung jenen Nachsichten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und sie als durchaus unwahr und erfinden zu bezehlenen.

Man schreibt aus Zürich: Ein ziemlich ernster Konflikt ist zwischen der heiligen Studentenchaft beider Hochschulen (Universität und eidgenössisches Polytechnikum) und der kantonalen Polizei eingetreten, an deren Spitze der bekannte Polizeihauptmann Fischer steht. Fischer bringt den deutschen Sozialdemokraten in Zürich und dem Reich ein gewisses Wohlwollen entgegen, es ist wohl noch in aller Erinnerung, wie er in der Spitzelaffäre Haupt-Schreiber sich von dem Herren Singer und Bebel als Eideschwur gegen den Spitzelminister Putzamer ausruhen ließ, — aber sonst dürfen sich die in Zürich weilenden Ausländer, insbesondere die ausländischen Studirenden, seiner Gunst nicht rühmen. Gegen diese wird vielmehr bei jeder Gelegenheit mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit vorgegangen und doch bringen gerade diese vielgeschmähten Ausländer sehr viel Geld nach Zürich. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Polizei auf Studirende, die nach Ausübung irgend welchen „Ueltes“ beim Herannahen der heiligen Hermandad Platzas nahmen, Revolverkugeln abgeben hat; die Legitimationskarten werden trotz gegenwärtiger gesetzlicher Bestimmungen von der Polizei überhaupt nicht mehr geachtet, kurz man könnte in dieser Hinsicht sich eher im Moskowitertreich als in der Republik Zürich glauben. Kürzlich nun ist dem Fatz der Boden ausgeschlagen worden. Einige rumanische Studenten, die als Geniesamen gelten, besaßen auf einem Wasenbock im Hotel National, einem Haus ersten Ranges, Streit mit einem wegen seiner Händlung bekannten Herrn aus der Nähe Zürichs, der vor einer Menge von Sägen in Deutschland jahreslanglich wurde, jezt aber Schweizer Bürger geworden ist. Daß sich die Rumanen dabei gerade musterhaft benommen haben, möchte ich nicht behaupten, jedenfalls aber läßt sich ihre spätere Erbitterung dadurch erklären, daß die Polizei und durch diese das Hotelpersonal sofort gegen sie Partei nahm. Ein gewisser Duca, Sohn eines Generals, wurde hauptsächlich von einem Studirenden ins andere die Treppe hinunter geschleudert, und als er unten, schon erheblich verletzt, den Widerstand fortsetzen wollte, gefesselt auf die Polizeiwache geschleppt, wo er hinter geschlossenen Thüren von Polizisten mit Säbelhieben geradezu unmenslich behandelt worden ist. Der behandelnde Art Dr. med. v. Wyl hat später festgestellt, daß der Schädel ange schlagen und der Halsknochen durchschritten war und daß noch gegen 20 andere Verletzungen von Säbelhieben, die dem Schwunden beigebracht wurden, herrühren müßten. Nachdem der Thatsachestand, so wie ihn die Polizisten angaben, zu Protokoll genommen war, wurde der Schwerverwundete unter polizeilicher Bedeckung in seine Wohnung geschafft, wo am andern Morgen Hauptmann Fischer zum Verhör erschien. Zur Erneuerung der Verbände waren zwei Mediziner angewiesen, welche den Herrn Hauptmann daten, sich zu entfernen, da der Kranke verkehrsunfähig sei. Die Antwort Fischers auf diesen Protest war, daß er Duca die Wundagen herunterschiebe und die davon bedeckten Wunden für bloße Hautritze erkläre. Duca dürfe froh sein, daß er nicht mehr davongetragen, und solle das Maul halten; werde aber die Geschichte an die große Glocke gehängt, so werde er, Fischer, dafür sorgen, daß die ganze Ausländererei zerschlagen und ausgewiesen werde. So sprach ein demokratisch-sozialistischer Polizeihauptmann im vielgelobten Lande der Freiheit, dadurch der Wehrzahl seiner Mitbürger die Schamröthe ins Gesicht treibend. Die Studentenchaft hat sich indessen nicht einschüchtern lassen; sofort wurde eine Protestversammlung einberufen und schon nach zwei Tagen war eine Eingabe an den Regierungsrath, welche die strafrechtliche Verfolgung Fischers fordert und Garantien für die Zukunft verlangt, mit mehr als 600 Unterschriften akademischer Bürger bedeckt. Es herrscht diesmal unter den Studirenden beider Hochschulen eine Einmüthigkeit, wie sie sich sonst selten findet, und auch fast der gesamte Lehrkörper, vor Allem der Universitätsrektor Dr. jur. Schneider, steht auf Seite der Studentenchaft. Für den Fall, daß die Eingabe an den Regierungsrath erfolglos blieben sollte, sind noch andere sehr schwerwiegende Schritte vorgezogen, man spricht sogar von einem allgemeinen Ergubis.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Fißler.

